

Das Hohe Lied der Liebe

Molotow ausgenommen

Aus West und vor allem aus Ost war Telegramm um Telegramm gekommen. Aus West Absagen oder doppelzün- gige Adressen wie die von Gustaf Gründ- gens, der „allen Bestrebungen, die dem Frieden und der Einheit“ dienen, vollen Erfolg wünschte, vom Volkskongreß selbst aber nicht sprach.

Und dann stand Wilhelm Pieck schwit- zend auf der Berliner Admiralspalast- bühne und empfahl nach den Egmont- Präliminarien dem „Volkskongreß für die Einheit Deutschlands und gerechten Frieden“ eine neunköpfige, „nach be- stimmten Erwägungen zusammengestellte“ Kongreßleitung und ein 60köpfiges Präsi- dium. Neben Pieck selbst, dem westdeut- schen Kommunistenführer Reimann, und LDP-Külz saßen alsbald auf der Tribüne einige namenlose Sozialdemokraten, kaum weniger namenlose christliche Demokraten, block- und massenorganisatorische Satelliten und einige östliche Prediger und Akademiker.

Eine russische Filmoperateurin hielt fest, was an den deutschen Einheits- betuerungen sehenswert war. Der Zonen- rundfunk wurde zu drei zweistündigen Ge- meinschaftssendungen gleichgeschaltet, damit jedermann erfahre, was im Admirals- palast unter den Fahnen Berlins und der Alliierten vor 1551 Ost- und 664 Westdele- gierten über Deutschlands Einheit geredet wurde. Mit Beifall wurde quittiert, daß ohne Parteimandat 91 Delegierte der SPD und 219 der CDU den Weg nach Berlin gefunden hatten; ohne Beifall, daß 651 der SED, 242 der KPD, 253 Külzens Ost-LDP angehörten und 373 sich parteilos fühlten.

Auf der Bühne saß der Bürger Külz neben dem Proletarier Pieck, die über- parteiliche Ausdrückstänzerin Mary Wig- man neben dem marxistischen Dogmacker Walter Ulbricht, Ernst Legal, den über- bauten Intellektuellenschädel hehend und senkend, fühlte sich als Intendant der Staatsoper bevollmächtigt, namens der Künstlerschaft nach Einheit und Frieden zu rufen. Und Bischof Moritz Mitzen- heim, in vollem Ornat, stand nicht an, dafür zu zeugen, wie sehr den protestan- tischen Christen von Thüringen die deutsche Einheit Not sei.

Der „Tagesspiegel“ hingegen wußte den Grund, warum alle Westparteien und auch die Ost-CDU dem Volkskongreß nicht zu- stimmen konnten. Die einberufende SED habe durch wirtschaftliche und politische Sondermaßnahmen und terroristische Unterdrückung die Einheit torpediert, die sie jetzt mit „nationalistischen Phrasen“ pro- pagiere. Sein Lizenziat Erik Reger hatte schon vorher von London aus gefragt,

unter welchen Vorzeichen die von Molo- tow und der SED so stürmisch geforderte Zentralregierung wohl in Deutschland zu regieren beabsichtige. Und ob am Ende dann die zermürbende russische Veto- Politik auch auf die interalliierte Deutsch- landkontrolle übertragen werden solle. Der „Kurier“ nannte die nationale Kongreß- musik „die letzte Chance der SED“.

Deren Otto Grotewohl richtete mit ge- schulter Rhetorik mahnende Worte an die Alliierten (Molotow, ausdrücklich ausneh- mend), und sprach in Richtung Amerika von den goldenen Fesseln der Ruhrinve- stitionen. Auch der unbekannte Sozial- demokrat Borgmann kam von beleidigten Aphorismen über Kohlenexporte und so- zialistische Vereinigungsparolen nur sehr gewaltsam auf die deutsche Einheit.

Die Rede des sächsisch-anhaltinischen Arbeitsministers Herwegen gemahnte an eine Kirchenpredigt. Dem prominenten CDU-Mann griff sein Parteifreund Dr. Lo- bedanz, Landtagspräsident Mecklenburgs, mit einem Referat unter die Arme.

Sachsens Ministerpräsident Max Seyde- witz, SED, sagte: „Meine Herren und Damen! Wir haben gar keinen Grund, uns darüber aufzuregen, daß sich die Alli- ierten nicht über Deutschland einigen, so- lange wir uns selbst nicht über unsere Lebensprobleme geeinigt haben.“ Und Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Hüb- ner, LDP, fand, die Ostzone habe es ge- gen den Westen gut, sie esse ihr eigenes Brot.

Sein Zonenchef Külz sprach markig- abgehackt, einzelne Silben scharf beto- nend, dann mehrere fast verschluckend, von „heilig heißen Herzen“. „Wir wollen die Demokratie nicht nur oder über- haupt nicht deswegen, weil unsere ehe- maligen Gegner uns das befehlen, sondern weil wir sie wollen.“ Der greise, aufge- regte Mann nickte zeitweise im Sessel des Präsidenten zu den Referaten, deren kei- nes den östlichen Protektoren ein Haar krümmte, wogegen der Westen schlecht wegkam.

Nach achtzehn Diskussionsreden, in de- nen unter anderem die Münchener Kom- munistin Adelheid Lißmann Ehardts Föderalismus gegeißelt hatte, erteilte Pieck „Herrn Lieutenant“, Külzens Stellvertre- ter, das Wort zum Bericht über die Man- datsprüfung. Mit den Mandaten habe alles seine Richtigkeit, sagte der ohne nähere Erläuterungen. Obwohl aber nach Pieck das ganze Deutschland gesprochen hatte, konnten mangels Legitimation durch die Parteien aus Westdeutschland nur zwei Kommunisten in die Delegation gewählt werden, die in London noch einmal vor- tragen soll, was auf dem Kongreß geredet wurde.

Außer Reimann, Pieck und Grotewohl, Külz und Nuschke sollen noch ein Libera- ler, ein CDU-Mann, vier Gewerkschaftler (davon drei in der SED organisiert), eine demokratische Frauenbündlerin (gleichzei- tig SED), ein Bauer (gleichzeitig SED), ein Freier Deutscher Jungmann (gleichzeitig SED), der Schweriner Bischof Dr. Beste und der Berliner VVN-Probst Grüber mitfahren.

Als das alles mit geringen Wider- sprüchen ausgemacht war, sang noch ein- mal Külz „das Hohe Lied der Liebe und der Arbeit für Volk und Vaterland, das Hohe Lied des Friedens für uns und die Welt“.

Das erste Vorparlament im neuen demo- kratischen Deutschland habe gesprochen. „Und dennoch ...“

Die proletarische Großmutter

stud. rer. marx.

Die einheitssozialistische „Leipziger Volkszeitung“ führte den ersten Hieb, und die überparteiliche „Leipziger Zeitung“ stieß solidarisch nach. Von da an ging es Schlag auf Schlag. Trotz ihrer kümmer- lichen zwei Seiten fanden die beiden Blät- ter immer noch eine Spalte, um gegen die „akademische Demokratie“ der Leipziger Studenten vom Einheitslied zu ziehen.

Ihre Hauptzielscheibe war der 1. Vor- sitzende des Studentenrates, stud. phil. Wolfgang Natonek, ein 28jähriger Liberal- demokrat dunklen Typs, der sich häufiger Einladungen durch die russische Komman- dantur erfreut. Die lebhaften Augen hinter der gelben Hornbrille lächeln etwas an- gestrengt über die neuen Versuche, ihn zu torpedieren.

Als er auf dem sächsischen LDP-Partei- tag in Bad Schandau in den Landesvor- stand gewählt worden war, hatte er eine Rede gehalten: „Es gab einmal eine Zeit, in der nicht studieren konnte, wer eine nichtarische Großmutter hatte. Wir wollen nicht eine Zeit, in der der nicht studieren kann, der nicht über eine proletarische Großmutter verfügt.“

Die SED fühlte sich direkt angesprochen. Im Studentenrat selbst hatten ihre sieben Vertreter gegen die zwölf Bürgerlichen nichts zu melden. Aber ein neues Zulas- sungsverfahren sollte es nun möglich machen, auch den letzten nicht SEDisti- schen Studentenrat der Ostzone gleich- zuschalten: Im laufenden Wintersemester haben 1414 Einheitssozialisten, 1090 Partei- lose (dazu zählen auch die, die wegen ihrer Mitgliedschaft im FDGB oder der FDJ ihren Zulassungstempel bekamen), 510 Liberaldemokraten und 465 CDU-Leute neu auf den Bänken der Alma Mater Platz genommen.



Unter den Augen der Sowjet-Union: Pieck, Külz, Wigman, Ulbricht



Vom Schlaf, der über den Dingen liegt. Der Düsseldorfer Landtag während Heinemanns Entnazifizierungsrede

Es haben sich auch schon Nachfolger für Natonek gemeldet, Erich Selbmann, ehrgeiziger Sprößling des sächsischen Wirtschaftsministers, und der radikale Artistensohn Werner Deckers, Vorsitzender des „Komitees zur Demokratisierung der Universität Leipzig“. Er wurde mit einem steuerfreien 300-Mark-Stipendium eigens zu diesem Zweck in die gesellschaftswissenschaftliche Fakultät immatrikuliert, deren Studenten im Volksmund stud. rer. marx. heißen.

„Ich warne euch, seht euch vor“, rief Rudi Jahn, ein gerader, etwas plumper, einfacher FDGB-Funktionär, 2000 Leipziger Studenten zu, die im Leipziger Königsaal zusammengetrommelt worden waren. Zwischenrufe: „Ich warne Sie, heißt das!“ Der Gewerkschaftler sagte noch einige unglückliche Sätze. Er wurde ausgezischt und ausgepiffen.

Der Studentenrat entschuldigte sich zwar deswegen, aber die Hiebe gegen seinen Chef Natonek bekamen noch schärferen Schwung. „Wir werden jene Teile der Studentenschaft von ihren Bänken herunterheben, die die Werktätigen und ihre Organisation verhöhnen“, schrieb die Jugendkommission des FDGB in einem offenen Brief.

Die Leipziger Studenten wollen sich nicht herunterheben lassen. Sie glauben an einen neuen Wahlsieg der LDP-CDU-Gesinnungskoalition.

Der neue Bund

Christliche Zukunftsmusik

Im Konferenzsaal der bayrischen Staatskanzlei waren die schweren rotsamtenen Vorhänge vor den hohen Fenstern zugezogen. Die prunkvollen Kronleuchter warfen strahlendes Licht, das von den reichornamentierten Wandspiegeln hundertfach reflektiert wurde. Die Rückwand des Raumes bespannt ein repräsentativer Gobelin, auf dem in leuchtenden Farben zwei Löwen das bayrische Staatswappen umklammern. Echte Holländer und ein paar Cranachs hängen daneben. Vor einem streng gesiebten Kreis bedeutender Politiker Süddeutschlands sprach der ästhetisch und religiös gleichermaßen orientierte Herausgeber der „Frankfurter Hefte“ und frühere Buchenwald-Häftling Dr. Eugen Kogon, der Verfasser des Buches „Der SS-Staat“, über „den europäischen Gedanken“.

In tiefe Klubsessel versunken, hörten die würdigen Prominenten mit gesammeltem Ernst dem geistvollen einstigen Zögling einer österreichischen Klosterschule zu, der in feinen Ableitungen bewies, daß Europa nur gesund werden könne, wenn sich die westlichen Staaten zu einer Föderation fänden.

Mit diesem Vortrag wurde die zweite Tagung des süddeutschen Arbeitskreises CDU-CSU eingeleitet. Es war die Fortsetzung der mittlerweile berühmt gewordenen „Ellwanger Gespräche“.

Am Mittwochvormittag versammelten sich die Herren aus der Staatskanzlei abermals, um sich, wie später durch ein Kommuniqué bekannt wurde, „mit der künftigen Verfassung des deutschen Bundesstaates zu befassen“.

Die Herren waren dazu legitimiert. Sie sind keine federalistischen Aestheten, wie der Frankfurter Lizenzträger, sondern Politiker von Rang in ihren Ländern. Bayern stellte den Leiter der Staatskanzlei, Minister Dr. Anton Pfeiffer, Staatssekretär im Justizministerium Dr. Karl Lacherbauer, Ministerialrat Dr. von Her-



Dem SS-Staat entronnen
Aufmerksame Ohren für Eugen Kogon

warth und den Referenten für Verfassungsfragen der bayrischen Staatsregierung, Ministerialdirigent Prof. Dr. Glumm; Württemberg Minister Dr. Binder und den Leiter des Friedensbüros Stuttgart, Dr. Rudolf Vogel; Hessen Kultusminister Dr. Stein, Dr. von Brentano, den Vorsitzenden der CDU, den stellvertretenden Bizonenwirtschaftsdirektor Staatssekretär Strauß; Rheinland-Pfalz seinen Justiz- und Kultusminister Dr. Süsterhenn.

Sie alle brüteten den ganzen Vormittag hinter verschlossenen Türen, damit ihr Werk nicht wieder so zerzaust werde wie

das vorige „Ellwanger Gespräch“, dem trotz vorsichtiger Dementis der bayrischen Staatskanzlei in- und ausländische Zeitungen bereitwillig ihre Spalten öffneten.

Dr. Süsterhenn hatte aus Koblenz ein „extrem-federalistisches Manifest“ mitgebracht. Nach hitzigen Debatten wurde es von den wohltemperierten Federalisten niedergestimmt, die unter Führung des knebelbärtigen Verfassungsspezialisten Professor Glumm bereits eine deutsche Bundesverfassung ausgearbeitet hatten.

Dieser Verfassungsvorschlag, der schließlich einstimmig angenommen und in „Leitsätzen“ niedergelegt wurde, sieht einen deutschen Bundesstaat vor, an dessen Spitze ein Bundespräsident steht. Ein Bundeskanzler und ein Vizekanzler, die für vier Jahre gewählt werden, stehen den Bundesministerien für auswärtige Angelegenheiten, für Post und für die Eisenbahn zur Seite: Alle übrigen Ressorts bleiben der Hoheit der Länder.

Jeder Deutsche hat gleichzeitig die Staatsangehörigkeit seines Landes und die des Bundes. Dieser Entwurf wird der Interzonen-Arbeitsgemeinschaft CDU-CSU zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Nach dem Ende der Londoner Konferenz soll er den Militärregierungen zur Genehmigung unterbreitet werden. Ob sich die Ostzone diesem Deutschen Bunde anschließen will oder nicht, ließen die christlichen Verfassungspläne offen.

Außerordentlich glimpflich

Nichts zu verlieren

Als die Sitzung vorbei war, wünschte Landtagspräsident Josef Gockeln Nordrhein-Westfalens Abgeordneten ein gutes Weihnachtsfest und ein besseres neues Jahr. Er vergaß auch nicht, Mil.-Gov., der Presse und den Angestellten des Hauses das Beste zu wünschen. Als man dann die Treppen aus dem Theatersaal der Düsseldorfer Henkelwerke hinunterschritt, waren Henkelleute schon dabei, im Persil-Alhambra Tannen anzunageln.

Diese vorweihnachtliche Stimmung hatte nicht von Anfang der Session an über dem Parlament gelegen. „Wer über gewissen Dingen nicht den Verstand verliert, hat keinen zu verlieren“, sagte ein Sozialdemokrat und damit habe er Heinrich Heine zitiert. Er sagte das, als Ernährungsminister Heinrich Lübke ein trübes Bild seiner Beziehungen zu Frankfurt an die Wand gemalt hatte. Das sei zwar richtig, aber nicht von Heine, sondern von Lessing, berichtigte ein christlicher Demokrat, und ein Dritter ergänzte den Zitatenschatz mit dem Schillerwort: „Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn, Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen.“

Justizminister Dr. Dr. Heinemann hätte gern gesehen, wenn er sein Entnazifizie-